

Jugend und Bildung

Gewerkschaftsjugend in Aktion! Für gute Bildung und für gute Ausbildung! Mehr zur Arbeit der Gewerkschaftsjugend in der Region auf Seite 3



Europa

Einen Lohnanstieg von 4,5 bis 5 Prozent die nächsten 10 Jahre fordert der diesjährige Mai-Redner in Aachen Prof. Dr. Heiner Flassbeck. Das ganze Interview finden Sie auf Seite 6-7



2. Mai 1933

Nur wenige Wochen nach der Machtübernahme Hitlers wurden die Freien Gewerkschaften am 2. Mai zerschlagen. Die DGB Region NRW Süd-West erinnert mit verschiedenen Veranstaltungen an den 80. Jahrestag. Seite 12

■ Seite 3: Jugend & Bildung ■ Seite 4-9: Gewerkschaften ■ Seite 10-11: Über die Region ■ Seite 12: 2. Mai 1933

Gute Arbeit, sichere Rente und ein soziales Europa

INTERVIEW Der DGB-Bundesvorsitzende Michael Sommer im Gespräch mit der MAI ZEITUNG

MAI ZEITUNG: Welches sind die Schwerpunkte des DGB für das Jahr 2013?

Michael Sommer: Neben den Tariffrunden stehen drei Themen im Mittelpunkt der Auseinandersetzung: Gute Arbeit, sichere Rente und ein soziales Europa. Das sind für uns die entscheidenden Zukunftsthemen: für Deutschland und Europa.

MAI ZEITUNG: In diesem Jahr finden auch die Bundestagswahlen statt. Welches sind die Kritikpunkte, die Du als DGB-Vorsitzender an die Regierung von Angela Merkel hast?

Michael Sommer: Für mich ist diese Bundesregierung eine „kann-nix-Koalition“, die im Zweifel stümperhafte Minimalkompromisse sucht. Aktuellstes Beispiel dazu ist das Betreuungsgeld. Wo aber bleiben wirksame Regeln gegen Altersarmut oder gegen den Niedriglohnsektor? Es ist doch erschreckend, dass die schwarz-gelbe Koalition ihren eigenen Armutsbericht „frisiert“, frei nach dem Motto: Was es nicht geben darf, gibt es nicht. Dabei hat Deutschland inzwischen den größten Niedriglohnsektor in ganz Europa. Nahezu jeder Vierte muss inzwischen im Niedriglohnbereich arbeiten, viele zu Löhnen, von denen man kaum leben.

Die Zeit für einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro in der Stunde ist längst fällig.“

MAI ZEITUNG: Wird der DGB eine Wahlempfehlung für eine oder mehrere Parteien bzw. Personen abgeben?

Michael Sommer: Nein, wir

werden keine Empfehlung geben, weder für eine Partei, einen Kandidaten oder Farbkonstellationen. Wir sind gut gefahren mit diesem Kurs der parteipolitischen Unabhängigkeit. Bereits im Oktober 2012 hat der DGB-Bundesvorstand seine Positionen für einen Politikwechsel für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschlossen und den Parteien übermittelt. Wo wir stehen ist klar: wir sind die Interessenvertreter der Beschäftigten.

MAI ZEITUNG: Warum ist eine neue Ordnung der Arbeit (NOA) notwendig? Was wurde in den letzten Jahren Deiner Ansicht politisch falsch gemacht

Michael Sommer: Wir haben in den letzten Jahrzehnten die kontinuierliche Deregulierung der Arbeit erlebt. Die Leitplanken für gute Arbeit – auskömmlich, geschützt, gesund und partizipativ – wurden gezielt abgebaut und eingerissen.

Deshalb sehe ich die Zeit gekommen, der Arbeit wieder neue Leitplanken zu geben. Dem ständigen Lohn- und Sozialdumping muss ein Riegel vorgeschoben werden.

MAI ZEITUNG: Welche Punkte gehören Deiner Ansicht nach zu einer neuen Ordnung der Arbeit?

Michael Sommer: Vier Ziele stehen für uns im Mittelpunkt: Mehr und besser geschützte, unbefristete und Existenz sichernde Normal-Arbeitsverhältnisse, Festigung der Tarifautonomie, Bekämpfung des Niedriglohnsektors und der prekären Beschäftigung, sowie die Stärkung der Mitbestimmung und der Arbeitnehmerrechte.



Michael Sommer

In einem ersten Schritt brauchen wir den flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn, wir brauchen die Regulierung des Missbrauchs

der Leiharbeit und von Werkverträgen. Auch braucht es in Deutschland eine Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifierträgen.“

MAI ZEITUNG: Viele Parteien fordern mittlerweile in ihren Wahlprogrammen den gesetzlichen Mindestlohn. Welche Anforderungen stellen Sie an diesen Mindestlohn?

Michael Sommer: Unsere Forderungen sind klar: Der erste Mindestlohn - nicht unter 8,50 Euro - muss gesetzlich festgelegt werden und flächendeckend gelten. Wir lehnen Differenzierungen in Ost und West oder für Auszubildende ab. Danach sind wir für Kommissionslösungen offen.

MAI ZEITUNG: Auch der DGB organisiert sich neu. Regionen werden zusammengeführt, eh-

renamtliche Arbeit wird zunehmend wichtiger. Wie sehen Sie die Entwicklung des Deutschen Gewerkschaftsbundes?

Michael Sommer: Sehr positiv. Ich freue mich über die gute Entwicklung unserer neuen, dritten Satzungsebene. Auf vielen Terminen vor Ort erlebe ich motivierte und engagierte Kolleginnen und Kollegen, die sich für die Arbeit des DGB vor Ort einbringen und die Ziele der Gewerkschaften umsetzen.“

MAI ZEITUNG: Welches sind Ihre persönlichen Ziele in diesem Jahr.

Michael Sommer: Ich will den gesetzlichen Mindestlohn im Gesetzblatt stehen sehen – und ich denke spätestens nach der Wahl wird dies auch so sein.“

MAI ZEITUNG: Danke für das interessante Gespräch.

Nicht alles was Arbeit schafft, ist gut. Wir brauchen eine Neuordnung der Arbeit!



Ralf Woelk, DGB-Regionsvorsitzender NRW Süd-West

In den vergangenen Monaten häuften sich die Katastrophenmeldungen vom Abbau insbesondere der industriellen Arbeitsplätze in unserer Region. Ob bei Bombardier in Aachen, Cinram in Alsdorf, KME, CAE und den Dalli-Werken in Stolberg oder auch das Prysmian-Kabelwerk in Eschweiler, überall verlieren Menschen ihre Arbeit. Dazu haben in Aachen bereits im letzten Jahr die letzte Tuch- und Nadelfabrik ihre Produktion eingestellt. Und beim Blick hinter die Grenze wird dieser Eindruck noch bestätigt, wenn man sich allein die Standortschließungen bei Arcelor-Mittal

in Lüttich und Ford in Genk ansieht. Auf der anderen Seite scheint der Blick in die Arbeitsmarktstatistiken den dadurch gewonnenen Eindruck nicht zu bestätigen. An vielen anderen Stellen entstehen gleichzeitig viele neue Beschäftigungsverhältnisse, heißt es gleichlautend aus den Kammern als auch der Agentur für Arbeit. Schaut man sich diese Statistiken etwas genauer an, sind allerdings Zweifel an der Qualität vieler Arbeitsplätze berechtigt. Der „Arbeitsmarktreport NRW 2012“ des Arbeitsministeriums NRW bezifferte jüngst den Anteil von Beschäftigten mit ausschließlich geringfügiger Beschäftigung im Verhältnis zu allen sozialversichert Beschäftigten in der Städtereion mit 19,2% (Düren: 20,9%, Euskirchen 20,4%, Heinsberg 25%! NRW 17,4%). Das heißt, in der Städtereion lebt nahezu jeder Fünfte Beschäftigte lediglich

von geringfügiger Beschäftigung, im Kreis Heinsberg trifft dies schon auf jeden Vierten Beschäftigten zu! Und in diesen Zahlen sind Leiharbeit und Befristungen noch gar nicht mit berücksichtigt. Die Gewerkschaften im DGB legen daher in diesem Jahr den Schwerpunkt ihrer Forderungen auf eine „Neuordnung der Arbeit“. Neben dem allgemeinen, flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 € gehören zu dieser Neuordnung auch Korrekturen bei der Leiharbeit sowie ein Zurückdrängen der völlig aus dem Ruder gelaufenen Minijobs. Doch nicht nur am 1. Mai werden das die Themen der Gewerkschaften sein, auch im anstehenden Bundestagswahlkampf werden wir allen Parteien mit unseren Forderungen konfrontieren. Entsprechend werden sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am 23. September entscheiden!

Kurzüberblick Maifeierlichkeiten in der Region am 1. Mai 2013

Aachen (10:00 - 15:00 Uhr)

Mai-Demo: 10 Uhr ab DGB-Haus in der Dennewartstraße, begleitet von der Samba-Gruppe Bloco Louco. Der Demonstrationszug macht Halt an dem Gebäude in der Kleinkölnstraße 18, um eine Erinnerungstafel an das ehemalige Gewerkschaftsgebäude anzubringen und an die Ereignisse am 2. Mai 1933 zu erinnern.

Kundgebung: ab 11:15 Uhr auf dem Markt am Rathaus. Die Mairede hält Prof. Dr. Heiner Flassbeck (Wirtschaftswissenschaftler, bis Ende 2012 Chef-Volkswirt bei der UNO-Organisation für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD) in Genf. Jugendaktion „Gute Ausbildung - Gute Bildung“.

Kulturprogramm: Livemusik mit dem Kult-Trio „Lagerfeuer“, Kinderzirkus Gioco, Folklore, Speisen, Getränke & Aktionsstände.

Düren (10:00 - 13:30 Uhr)

Mai-Demo: 10:00 Uhr ab der Kulgasse begleitet durch die Trommlergruppe „Manos Rápidos“

Kundgebung: ab 11 Uhr auf dem Ahrweilerplatz, Gesprächsrunde mit Heinz Peltzer (Vorsitzender DGB-Kreisverband Düren), Felix Kendziora (Vizepräsident der Handwerkskammer Aachen), Vertreterin des Bezirksjugendausschusses der IG BCE

Kulturprogramm: Musik mit „Beater F. und Band“, Kinderprogramm mit „Emil der Schnelle“, und Hüpfburg, Speisen, Getränke & Aktionsstände

Euskirchen (11:00 - 17:00 Uhr)

Kundgebung: ab 14 Uhr auf dem Gelände der Tuchfabrik Müller (LVR Museum). Podiumsdiskussion mit Betriebsräten: Thomas Pietzka (Pfeifer & Lange GmbH & Co. KG), Martha Gerlach (HÖRMANN KG) und die Jugend- und Auszubildendenvertreterin Stephanie Winkler (Kreiskrankenhaus Mechnich), Gespräch mit Frau Dr. Gisela Burckhardt zur „Kampagne für Saubere Kleidung“

Kulturprogramm: Lieder & Chansons mit Günter Hochgürtel, türkische Folklore mit „Dostluk Baris“, „Trashmodenschau“ mit Inge van Kann, Kinderaktion mit „Bella Baustelle“, Speisen, Getränke & Aktionsstände. Das Museum ist an diesem Tag geöffnet, mit freiem Eintritt und Führungen. Die Dampfmaschine von 1903 ist in voller Aktion.

Heinsberg (14:30 - 17:00 Uhr)

Kundgebung: ab 15 Uhr auf Schacht 3 in Hüchelhoven, Podiumsdiskussion mit den Direktkandidaten der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zu den Themen „Gute Arbeit“ – „Sichere Arbeitsplätze“ – „Soziales Europa“.

Rahmenprogramm: Musikalische Begleitung mit Bergkapelle Sophia Jakobä. Informationsstände. Ab 14:30 Uhr Kaffee & Kuchen vom Förderverein Schacht 3.

Euskirchen

Kulturfest im LVR-Industriemuseum in Euskirchen

TEXT: KARIN BERNHARDT, DGB REGION NRW SÜD-WEST



Nach rund 20 Jahren wird es im Kreis Euskirchen endlich wieder eine Maiveranstaltung geben. Organisiert wird der Tag von engagierten Kolleginnen und Kollegen und dem DGB, in Kooperation mit dem LVR-Industriemuseum Euskirchen.

Die Besucher erwartet auf dem Gelände der ehemaligen Tuchfabrik Müller ein Fest für die ganze Familie, eine bunte Mischung aus interessantem Politik- und Kulturprogramm.

Bei den Themen: Gute Arbeitsbedingungen, faires Entgelt und soziale Sicherheit stehen die Menschen im Mittelpunkt. So diskutieren Betriebsräte aus der Region über die Bedeutung, die

Rahmenbedingungen und die Anforderungen an „Gute Arbeit“.

Billige Kleidung für Deutsche Discounter thematisiert Frau Dr. Gisela Burckhardt. Sie gibt

Einblick in die Arbeits- und Produktionsbedingungen in den Zulieferfabriken in Bangladesch bis hin zu Arbeitsbedingungen in Deutschland.

Im Kulturprogramm begleitet

Günter Hochgürtel musikalisch mit seinen Lieder&Chansons durchs Fest. Die Tanzgruppe „Dostluk Baris“ zeigt türkische Folklore. Die Künstlerin Inge van Kann überrascht mit ihrer „Trashmodenschau“ und präsentiert tragbare Modekreationen aus Müll und das Kinderangebot bietet Spaß und Spannung für die Kleinen. Im Innenhof der Tuchfabrik können sich die Besucher an den Ständen der unterschiedlichsten Verbände und Organisationen aus dem Kreis Euskirchen über deren Themen informieren. Kulinarisch ist auch einiges geboten: Spezialitäten aus der Türkei, dem Libanon und Portugal sowie Kaffee und Kuchen laden zum Verweilen ein.

Ein weiteres Highlight des Tages: Das Museum ist an diesem Tag geöffnet und der Eintritt für Führungen durch die Tuchfabrik frei! Die offene Filzwerkstatt lädt Kinder und Erwachsene zum kreativen Filzen ein. Ein ganz besonderes Angebot: Die Dampfmaschine von 1903 ist in voller Aktion zu bewundern und es können Dampfmaschinenmodelle in Betrieb genommen werden.

Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen am 1. Mai auf dem Gelände der ehemaligen Tuchfabrik Müller vorbeizuschauen und den „Tag der Arbeit“ mit den Gewerkschaften und dem Museum zu feiern.

Aachen

DGB erinnert an den 2. Mai 1933

TEXT: KARIN BERNHARDT, DGB REGION NRW SÜD-WEST FOTO: AXEL GAUSTER



Markt Aachen

Wie gewohnt startet der Demonstrationszug gegen 10 Uhr am Gewerkschaftshaus in der Dennewartstraße. Auf dem Weg zum Markt wird

der Zug in der Kleinkölnstraße 18 Halt machen. Hier befand sich das Gewerkschaftshaus des ADGB. Am 2. März 1933 wurden Funktionäre verhaf-

tet und das Vermögen der Gewerkschaften beschlagnahmt. Mit einer Bronzetafel „Wege gegen das Vergessen“ erinnern wir an diese Ereignisse.

Auf der Bühne am Markt wird Prof. Dr. Heiner Flassbeck als ausgewiesener Europaexperte gegen 11 Uhr die diesjährige Mairede halten. Vor dem Rathaus beginnt gegen 11:15 Uhr das Familien- und Kinderfest.

Hier ist für reichlich Abwechslung gesorgt. Auf der Bühne lösen sich verschiedene Folkloregruppen ab, das Kult-Trio Lagerfeuer heizt zum tanzen und mitsingen ein. Der Circus Gioco begeistert kleine und große Kinder.

An ihren Ständen bieten Gewerkschaften, Initiativen und Vereine vielseitige Informationen und leckere Spezialitäten an.



1. Mai-Demonstration in Düren

Auch in diesem Jahr wird der Demonstrationszug um 10.00 Uhr von der Kuhgasse in Düren starten. Unser Demonstrationszug wird wieder durch die Trommlergruppe „Manos Rápidos“ begleitet. Der Weg des Zuges durch die Dürener Innenstadt endet auf dem Ahrweilerplatz, auf dem in diesem Jahr die 1. Mai-Kundgebung stattfindet.

Auf der 1. Mai-Kundgebung werden die diesjährigen Themen „Gute Arbeit“ – „Sichere Arbeitsplätze“ – „Soziales Europa“ in einer Gesprächsrunde mit dem

DGB-Kreisvorsitzenden Heinz Peltzer, dem Arbeitnehmer-Vizepräsidenten der Handwerkskammer Aachen Felix Kendziora und einer Vertreterin der Jugend diskutiert.

Auf dem Kundgebungsplatz werden die Gewerkschaften und befreundete Organisationen durch Infostände ihre Arbeit darstellen und werden für Gespräche zur Verfügung stehen. Für die Kinder wird es wieder eine Hüpfburg und Spielangebote geben. Für das leibliche Wohl ist auch gesorgt.

Heinsberg

Podiumsdiskussion mit Politik

TEXT: KARL PANITZ, DGB REGION NRW SÜD-WEST FOTO: CHRISTA PANITZ

Die 1. Mai-Veranstaltung des DGB-Kreisverbandes Heinsberg findet auch in diesem Jahr wieder an Schacht 3 in Hückelhoven statt. Ab 15.00 Uhr wird die Mai-Veranstaltung mit einem Grußwort des stellvertretenden Bürgermeisters der Stadt Hückelhoven, Herrn Dieter Geitner beginnen. Anschließend

wird es eine Podiumsdiskussion mit den Direktkandidaten der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zu den Themen



Bergkapelle Sophia Jacoba spielt auf zum 1. Mai

„Gute Arbeit“ – „Sichere Arbeitsplätze“ – „Soziales Europa“ geben. Diese Diskussion wird

von Dieter Schuhmachers, Regionalredakteur der Heinsberger Zeitung/Nachrichten und der Geilenkirchener Zeitung, moderiert. Die musikalische Begleitung der Mai-Veranstaltung erfolgt durch die Bergkapelle Sophia Jacoba. An Informationsständen werden die Gewerkschaften ihre Arbeit darstellen.

Bereits ab 14.30 Uhr wird der Förderverein Schacht 3 mit Kaffee und Kuchen für das leibliche Wohl sorgen.

Düren

Gesprächsrunde mit Gewerkschaftern

TEXT: KARL PANITZ, DGB REGION NRW SÜD-WEST FOTO: CHRISTA PANITZ

IMPRESSUM

Maizeitung DGB-Region NRW Süd-West
Vi.S.d.P.:
 Ralf Woelk, Vorsitzender
 DGB-Region NRW Süd-West
Anschrift:
 DGB-Region NRW Süd-West,
 Dennewartstraße 17,
 52068 Aachen
 Tel.: 0241-9467121
 Web: www.region-nrw-suedwest.dgb.de
Auflage: 10.000 Exemplare

Verlag, Grafik, Produktion:
 Mediapolis GmbH & Co. KG
 Verlag- & Presseagentur
 Geschäftsführer Maik Günther
Anschrift:
 An den Eschen 8b
 26129 Oldenburg
 Tel. 0441.309236-0
 Fax: 0441.30923620
 Mobil: 0176.83081326
 Mail: redaktion@maizeitung.de
 Web: www.mediapolis-agentur.de
 oder www.maizeitung.de

Langweiliger Unialltag? Nicht in Aachen!

Studierendengruppe der IG Metall sorgt für Abwechslung

TEXT: ANKE ZAAR, HOCHSCHULPROJEKT IG METALL AACHEN FOTO: FOTOSEARCH



Die Studierendengruppe der IG Metall sorgt in Aachen für Abwechslung neben dem normalen Uni-Alltag. Die Studierenden treffen sich regelmäßig und tauschen sich zu politischen und gewerkschaftlichen Themen aus oder diskutieren Dinge rund ums Studium. Dabei werden auch tolle Exkursionen, Veranstaltungen und Seminare geplant. Hier-

bei liegt der Fokus oft auf dem späteren Berufsleben im Ingenieurbereich oder wir suchen uns gemeinsam gesellschafts- und gewerkschaftspolitische Themen aus, die wir näher betrach-

ten wollen. So kam zum Beispiel im vergangenen Semester die erfolgreiche Ringvorlesung zu Themen der Engineering- und IT-Arbeitswelt an der RWTH Aachen zustande. Diese wird

auch im Sommersemester 2013 mit neuen spannenden Inhalten fortgeführt. Veranstaltet wird sie gemeinsam von der IG Metall und der DGB Jugend NRW Süd-West. Themen von Studis

für Studis, das ist unser Motto! Wer Interesse hat, mal reinzuschneppern, ist bei uns herzlich willkommen. Infos und Beratung gibt es bei Anke Zaar, die bei der IG Metall Aachen für die Hochschul- und Studierendenarbeit zuständig ist: anke.zaar@igmetall.de oder 0241-94672-32. Weitere Infos findest Du auch auf unserer Homepage www.hochschulinformationsbuero.de

Empört euch! Engagiert euch!

Neues Projekt gegen Rechts der DGB Jugend

TEXT: ANDREA CARVALLO, DGB-JUGENDBILDUNGSREFERENTIN

Die DGB-Jugend NRW hat im November 2012 ein zweijähriges Projekt gegen Alltagsrassismus gestartet. Dafür wurde im Gewerkschaftshaus in Düsseldorf eine eigene Stelle eingerichtet. Ziel ist es, Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und ihre Interessenvertretungen für Demokratie und Zivilcourage zu sensibilisieren und Aktivitäten gegen Rassismus und Intoleranz zu unterstützen. Der besondere Ansatz des Projektes liegt darin, dass wir den Jugendlichen so wenig wie möglich vorgeben. Wir wollen nicht belehren, sondern die selbstständige Auseinandersetzung mit dem Thema Alltags-



rassismus fördern. Mit dem Projekt wird ein Rahmen geschaffen, in dem junge Menschen eigene Methoden und Instrumente erarbeiten, um Alltagsrassismus wirksam zu bekämpfen. Möglich sind zum Beispiel Unterrichtseinheiten, Workshops, Projekttag oder Video- und Fotoprojekte, die von den Jugendlichen selbst entwickelt und durchgeführt werden. Wenn ihr mehr über das Projekt wissen möchtet, wendet euch einfach an den Kollegen David Stoop beim DGB Bezirk NRW (david.stoop@dgb.de) oder an die Kollegin Andrea Carvallo beim DGB in Aachen (andrea.carvallo@dgb.de).

Jugend macht Ansagen!

Wir wollen einen Politikwechsel

TEXT: ANDREA CARVALLO, DGB-JUGENDBILDUNGSREFERENTIN

Laut, selbstbewusst, unverblümt: So begleitet die Gewerkschaftsjugend das Bundestagswahljahr! Warum sollten wir den Politiker*innen die Debatte über unsere Zukunft überlassen? Wir mischen uns ein und machen eigene Ansagen! Wir wollen einen Politikwechsel! Für eine bessere Ausbildung: Für eine bessere Ausstattung der Berufsschulen und für eine umfassend qualifizierende, qualitativ hochwertige betriebliche Ausbildung für alle! Für gute und sichere Beschäftigung: Für die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung, für einen Mindestlohn von 8,50 Euro, gegen den Missbrauch von Praktika und für Equal Pay!

Für gute Bildung: Für die Abschaffung aller direkten und indirekten Bildungsgebühren, für eine Sicherung von Studienbetreuung, -qualität und -zugang! Für eine solidarische Alterssicherung: Für die Abschaffung der Rente mit 67, für eine Sicherung des heutigen Rentenniveaus, für eine nachhaltige Rentenpolitik und für eine Erwerbstätigenversicherung! Für eine solidarische und offene Gesellschaft: Kein Raum für Nazis und ihre menschenverachtenden Parolen! Für eine



umfassende Sanierung des Demokratieverständnisses in Schule, Betrieb, Hochschule und Politik! Habt ihr Lust, mitzumachen? Gut, denn die Kampagne der Gewerkschaftsjugend baut darauf auf, dass ihr euch einmischt! Kreative Aktionsformen warten nur darauf, von euch umgesetzt zu werden! Für mehr Informationen wendet euch an: andrea.carvallo@dgb.de

Abfall irgendwie entsorgen?

Möglichst billig und weit weg?

Ökologisch!

Regional!

Fair!

Sozial!

Wir machen das anders.

Wir sorgen für umweltfreundliche Entsorgung und Wiederverwertung.

Wir arbeiten mit Menschen und Dienstleistern aus der Region.

Wir wirtschaften nach dem Prinzip der Kostendeckung und zahlen faire Löhne.

Wir nehmen unsere soziale Verantwortung wahr.



Infos unter:
02403 8766353
www.awa-gmbh.de

Abfall – wir machen was draus!



Widerstand lohnt sich!

IG Metall Aachen: Große Solidarität begleitet eine langen Arbeitskampf

TEXT: FRANZ-PETER BECKERS, 1. BEVOLLMÄCHTIGTER IG METALL AACHEN FOTO: IG METALL AACHEN

Am 18. Oktober 2012 wurden die Beschäftigten der Bombardier Transportation am Standort Aachen in drei knappen Sätzen des Vorstands mit der beabsichtigten Schließung des Werks konfrontiert.

Unter der Parole „Wir bleiben!“ nahm die Belegschaft sofort den Kampf gegen den Angriff auf ihre Existenz auf. Begleitet von einer noch nie erlebten Solidarität begann damit ein langer Kampf um die Arbeitsplätze an der Jülicher Straße. Nur wenige Tage nach Ankündigung der Schließungsabsicht fand sich ein breites Solidaritätskomitee aus unterschiedlichsten zivilgesellschaftlichen, politischen und individuellen Akteurinnen und Akteuren zusammen. So begleitete das Komitee den Kampf der Beschäftigten unter anderem mit einem Solidaritätsmarsch von etwa 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, einer Protest-Postkartenaktion und einem Solidaritätsbasar.

Nachdem zuvor schon ganze Branchen wie die Textilindustrie und die Nadelindustrie weggebrochen waren, erschüttern immer mehr Hiobsbotschaften von Arbeitsplatzabbau und Werksschließungen die Region: Cinram in Alsdorf, Prismian in Eschweiler, KME, CAE und Dallierwerke in Stolberg, Aixtron in Herzogenrath.

Nicht nur Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter fragen sich: Stehen wir vor einem industriellen Kahlschlag? Die Ursachen dieser Entwicklung sind oft kaum zu beeinflussen: Entscheidungen in internationalen Konzernen - aber auch unternehmerische Fehlentscheidungen.

Dabei hat die Region mit gut ausgebildeten Fachkräften, einer exzellenten RWTH und einem gut angelegenen Standort mitten in Europa hervorragende industrielle Entwicklungsmöglichkeiten. Die Erfahrungen in der Auseinandersetzung bei



„Wir bleiben!“

Bombardier haben gezeigt: Der von IG Metall und Betriebsrat organisierte Widerstand lohnt sich. Die Unternehmensspitze in Berlin geriet schnell in die Defensive. Mit einer breiten Unterstützung der Stadt, der Wirtschaftsförderung, der

Kammern, Wissenschaft und dem Land NRW konnten für die Beschäftigten Alternativen zur Schließung erarbeitet werden. Die gut organisierten Werker, Kaufleute und Ingenieure von Bombardier in Aachen haben sich gemeinsam mit der IG Me-

tall selbst stark gemacht. Und sie haben eine alte Wahrheit aus der Gewerkschaftsbewegung am eigenen Leib erlebt: Nur wer kämpft, kann gewinnen, wer nicht kämpft hat schon verloren!

Ich will die After-Work-Beratung.

AOK
Rheinland/Hamburg

Ganz schön flexibel: Auch in Ihrer Region gibt es AOK-Geschäftsstellen, in denen Sie bis 18 Uhr eine persönliche Beratung bekommen.

Noch mehr Vorteile unter www.aok-vigo.de



vigo Vorteil

SERVICE-TELEFON

RUND UM DIE UHR
365 TAGE IM JAHR

Harte Tarifaueinandersetzungen

IG BAU: Wir erwarten von den Arbeitgebern ein konstruktives Angebot

TEXT: HOLGER VERMEER, INDUSTRIEGEWERKSCHAFT BAUEN-AGRAR-UMWELT BUNDESVORSTAND, REGIONALLEITER RHEINLAND FOTO: PETER KÖSTER



Kolleginnen und Kollegen in der Tarifaueinandersetzung Bauhauptgewerbe 2013

Im Bauhauptgewerbe, im Gebäudereinigungshandwerk und in der Baustoffindustrie steht die Industriergewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) auch in Aachen dieses Jahr vor schweren Tarifrunden. Was fordert die Bau- und Reinigungsgewerkschaft:

- 6,6 % mehr Einkommen im Bauhauptgewerbe
- eine Erhöhung der Mindestlöhne
- 70 Cent und 65 Cent mehr im Reinigungsgewerbe
- die Angleichung der Ost-West Tarife
- eine Übernahme nach der Ausbildung in der Bauwirtschaft
- Höhere Einkommen in der Baustoffindustrie

„Unsere Leute können nicht bis 67 arbeiten“, so der IG BAU-Vorsitzende von Aachen, Friedrich Feldmann. „Entweder sind die Arbeitsplätze futsch oder die Knochen machen nicht mehr mit. Die IG BAU fordert deshalb ein neues Altersübergangskurzarbeitergeld (AÜKG)“.

Holger Vermeer, Regionalleiter der IG

BAU Rheinland ergänzt: „Durch dieses neue Instrument soll den Baubeschäftigten, aus gesundheitlichen Gründen ab dem 58. Lebensjahr den Ausstieg aus dem Erwerbsleben ermöglicht werden. Die IG BAU will in der Tarifrunde 2013 mit den Arbeitgebern eine Vereinbarung erzielen, danach muss diese dann allerdings auch politisch nach der Bundestagswahl durchgesetzt werden.“ Die IG BAU Aachen hat sich auf ihrer örtlichen Gewerkschaftskonferenz in Alsdorf intensiv mit der Sozialpolitik in Deutschland beschäftigt. Hierzu wurde die Sozialexpertin des DGB-Bundesvorstand gewonnen werden. Die Konferenz hat durch Anträge und Resolutionen beschlossen:

- Die Abschaffung der Mini-Job, bzw. die Sozialversicherungspflicht für alle Arbeitsverhältnisse in Deutschland
- Die Umkehr der Gesundheitslasten zugunsten der ArbeitnehmerInnen in Deutschland
- Die Abschaffung der Rente erst ab 67, „Rente mit 67 muss weg“!

Ja zur Inklusion – aber zu akzeptablen Bedingungen

GEW: Wir unterstützen den offenen Brief an die zuständige Ministerin

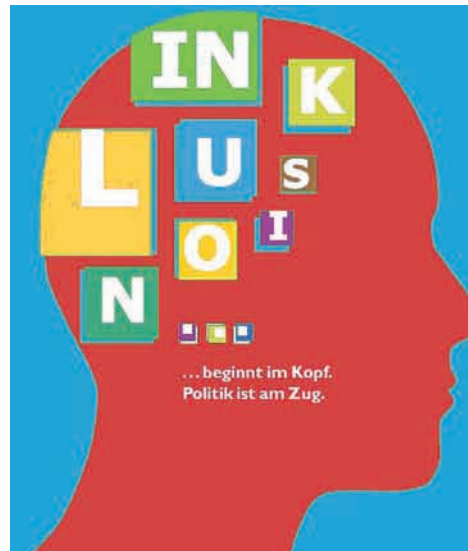
TEXT: WALTER LOHNE, VORSITZENDER DES GEW-REGIONALVERBAND AACHEN

Der Regionalverband Aachen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) begrüßt die Absicht der nordrhein-westfälischen Landesregierung, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen, macht aber deutlich, dass dabei die personellen, sachlichen und räumlichen Kapazitäten vorhanden sein müssen, damit die Realisierung nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird.

Die GEW in der Städteregion unterstützt ausdrücklich den offenen Brief, den die GEW Landesvorsitzende Dorothea Schäfer an die zuständige Ministerin Löhrmann geschrieben hat. Der Text lautet wie folgt:

„Sehr geehrte Frau Ministerin Löhrmann, die inklusive Entwicklung des Schulsystems ist das schulpolitische Thema, das von Betroffenen und Beteiligten zurzeit wohl am intensivsten diskutiert wird. Die GEW hat frühzeitig deutlich gemacht, dass ein so grundlegender Transformationsprozess Zeit braucht, den Dialog mit den Beschäftigten voraussetzt und nur gelingen kann, wenn die erforderlichen personellen, sachlichen und räumlichen Rahmenbedingungen zur Verfügung stehen.“

Im Gegensatz dazu läuft seit Jahren ein regional sehr unterschiedlicher Entwicklungsprozess. Dieser hat sich seit Inkrafttreten des Erlasses vom 15. 12. 2010 mit dem das Elternrecht gestärkt und



geringem Umfang zur Verfügung, sie werden darüber hinaus häufig als „Wanderlehrkräfte“ an mehreren Schulen eingesetzt. Auch die räumlichen und sachlichen Voraussetzungen in vielen Schulen entsprechen nicht den Erfordernissen.

Auf diese und andere Missstände, die der Lernqualität abträglich sind und für die Beschäftigten unzumutbare Arbeitsbedingungen mit sich bringen, haben wir bei verschiedenen Gesprächsanlässen immer

die Beweislast umgekehrt wurde, nach unseren Beobachtungen weiter verschärft: Die Rückmeldungen aus den Schulen des Landes häufen sich, nach denen trotz offensichtlich unzureichender Standards Anträge von Eltern umgesetzt werden. Kolleginnen, und Kollegen werden nicht beteiligt, eine vorlaufende Qualifikation findet in vielen Schulen nicht statt, gegen die politisch gewollte Orientierung auf Bündelung mehrerer Kinder in Integrationsklassen und Schwerpunktschulen wird häufig zugunsten einzelintegrativer Maßnahmen verstoßen, die Schulaufsicht vor Ort verweigert insbesondere in der Schuleingangsphase die Eröffnung von AO-SF-Überprüfungsverfahren, Maßnahmen finden in Klassen mit bis zu 30 Kindern statt, Sonderpädagogen stehen nicht oder nur in zu

wieder hingewiesen.

Mit Bück auf den Antragstermin zum nächsten Schuljahr erwarten wir, dass Sie der Schulaufsicht auftragen, generell Maßnahmen zu untersagen, die nicht den sachlichen, personellen und räumlichen Erfordernissen entsprechen. Weitere Schritte zur Umsetzung der UN-Konvention sind erst dann vorzunehmen, wenn die Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Im Zusammenhang der weiteren Beratungen zum 9. Schulrechtsänderungsgesetz erwartet die GEW eine belastbare und nachhaltige Klärung der Ressourcenfrage, insbesondere eine Klärung, wie die Steuerung von zusätzlichen Lehrstellen für Schulen, die sich stärker als andere der Aufgabe der Inklusion widmen, erfolgen soll, wenn das AO-SF-Verfahren verändert wird.

In der Anlage finden Sie die Positionierung der GEW, die bereits im Jahre 2011 beschlossen worden ist. Mit freundlichen Grüßen Dorothea Schäfer“

Anlage: wird nicht abgedruckt, steht im Netz der GEW Land

Die GEW stellt sich jeglichen Versuchen der Landesregierung entgegen, den Entwicklungsprozess zu einem inklusiven Bildungssystem als Sparmodell zu Lasten der Beschäftigten sowie zu Lasten der Qualität von Bildung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen zu installieren. Die Qualität und Nachhaltigkeit von Ent-

scheidungen muss Vorrang vor „Schnellschüssen.“ haben.

Der Regionalverband Aachen der GEW hat seine Mitglieder aufgefordert, die Situation des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht-behinderten Kindern in den Schulen zu schildern, damit der Ministerin die „Realität vor Ort“ mitgeteilt werden kann. Das Leitungsteam hofft auf große Resonanz und verbindet damit das Ziel, akzeptable Arbeitsbedingungen für die beschäftigten Kolleginnen und Kollegen sowie optimale Lernvoraussetzungen für die Schülerinnen und Schüler zu erreichen.

Branchenzuschläge durchsetzen

IG Metall: Aachen ist gegen Trickserei in der Leiharbeit

TEXT: FRANZ-PETER BECKERS, 1. BEVOLLMÄCHTIGTER IG METALL AACHEN

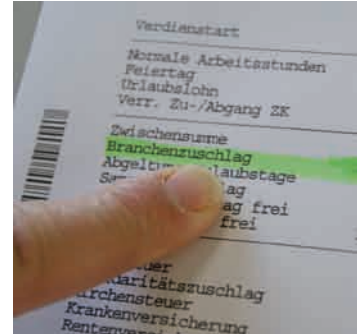
FOTO: IG METALL AACHEN

Da staunte Petra Koch (Namen geändert) nicht schlecht, als sie ihre Lohnabrechnung öffnete: Der ihr seit dem 1. November 2012 zustehende Branchenzuschlag war zwar ausgewiesen, dagegen erhielt die Leiharbeitnehmerin, die bisher entsprechend der Entgeltgruppe 2 des Tarifvertrages bezahlt wurde, nur noch das Gehalt der Entgeltgruppe 1. Rund 85 € zu wenig.

So wie Petra K., seit zwei Jahren als Kontrolleurin in einem Aachener Betrieb der metallverarbeitenden Industrie eingesetzt, erging es auch vielen ihrer Kolleginnen und Kollegen in Arbeitnehmerüberlassung. Statt, wie im IG Metall-Tarifvertrag vorgesehen, die Entgelte der Leiharbeiter in Richtung der der Stammbeschäftigten anzugleichen, versuchen in der Region etliche Verleihfirmen ihre Beschäftigten auszutricksen.

Leiharbeiter werden bedrängt neue Verträge zu unterschreiben, damit bisher gewährte Zulagen mit den Branchenzuschlägen verrechnet werden können. Sie seien verpflichtet wegen der Einführung der Branchenzuschläge neue Arbeitsverträge abzuschließen, behaupten Verleiher wahrheitswidrig.

„Das ist völlig unnötig. Keiner ist verpflichtet zu unterschreiben!“ erklärt Achim Schyns, zuständiger Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall Aachen. Er erklärt den betroffenen Beschäftigten in betrieblichen Sprechstunden und Einzelberatungen,



was mit dem Branchenzuschlag verrechnet werden darf und was nicht. In etlichen Fällen wurden für die in der IG Metall organisierten Leiharbeiter arbeitsrechtliche Verfahren zur Durchsetzung ihrer Ansprüche eingeleitet. In anderen Fällen konnten die IG Metall-Betriebsräte erfolgreich intervenieren.

„Mit dem Abschluss des Tarifvertrags zu den Branchenzuschlägen haben wir viel erreicht. Jetzt müssen wir ihn gemeinsam mit den Leiharbeitern durchsetzen.“ so Achim Schyns. In Aachen seien seit dem letzten Jahr 50 % mehr Leiharbeiter in der IG Metall organisiert.

Ist manchen Entleiher das Verhalten der Verleihfirmen eher unangenehm, beteiligen sich andere am Versuch, Leiharbeiter um ihre tarifliche Bezahlung zu betrügen. Der Aachener Motorenentwickler FEV Motorentechnik, Zuarbeiter der weltweiten Automobilindustrie, behauptet dreist, nicht zur Metallbranche, sondern zum Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin zu gehören.

Verlagsführung von Photon Europe bekämpft Betriebsratsgründung

Verdi Bezirk Aachen/Düren/Erft: Eines von vielen negativen Beispielen

TEXT: FRANZ BLATT, VER.DI BEZIRK AACHEN/DÜREN/ERFT, FACHBEREICH MEDIEN, KUNST UND INDUSTRIE

Die Photon Europe ist nur eines von vielen negativen Beispielen, die belegen, dass der Kampf um die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nie endet und dass Unternehmen nicht davor zurückschrecken, die Wahl eines Betriebsrates auch mit gesetzwidrigen Mitteln versuchen zu verhindern.

Im Verlaufe des vergangenen Jahres 2012 wurden den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Photon Europe immer öfter Gehaltszahlungen und die Erstattung von Reisekosten verspätet ausgezahlt, so dass mehrere ver.di Mitglieder eine eventuelle Zahlungsunfähigkeit des Verlages befürchteten. Sie unternahmen

mit ver.di einen erneuten Anlauf zur Betriebsratsgründung, doch mit der Einladung zur Wahl eines Wahlvorstandes verlor die Geschäftsführung von Photon Europe jedes Maß rationalen Handelns. Ver.di wurde ohne Begründung ein Hausverbot erteilt, das jedoch vom Arbeitsgericht aufgehoben wurde. Parallel dazu sprach die Geschäftsführung willkürlich ordentliche und außerordentliche Kündigungen gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus, die es wagten, ihr Recht auf Gründung eines Betriebsrates wahrzunehmen. Hinzu kam, dass die Beschäftigten bis zu drei Monate vergeblich auf ihr Gehalt warteten.

Inzwischen sind mehrere Insolvenzanträge gestellt worden und nun ermittelt die Aachener Staatsanwaltschaft sogar wegen des Verdachts auf Insolvenzverschleppung. Die Geschäftsführung gibt sich gegenüber den Beschäftigten und den Kundinnen und Kunden als wäre Photon Europe ein rechtsfreier Raum. Mit der Insolvenzeröffnung am 1. Februar 2013 gründete die Geschäftsführung von Photon Europe einen neuen Verlag, die Photon Publishing. Jetzt bleibt zu hoffen, dass die Justiz dem unverantwortlichen Handeln der Geschäftsführung ein Ende setzt.

„Wir brauchen in Deutschland ein viereinhalb bis fünf Prozent

INTERVIEW Welche Wege führen aus der „Euro-Krise“? Bleibt Deutschland davor verschont? Warum sollten die Löhne in

TEXT: JOACHIM ZINSEN, ACHENER ZEITUNG

Prof. Dr. Heiner Flassbeck ist der diesjährige Hauptredner bei der Mai-Veranstaltung in Aachen. Bereits im Dezember war er auf Einladung des DGB Gast in Aachen und hielt an der RWTH einen Vortrag über die aktuelle Situation in Europa. Aus diesem Anlass führte der Aachener Journalist Joachim Zinsen ein Interview mit Heiner Flassbeck, in dem er auch auf die gewerkschaftlichen Herausforderungen angesichts der schwierigen Situation in Europa eingeht. Das Interview wurde bereits am 12. Dezember 2012 in den Ausgaben des Aachener Zeitungsverlages veröffentlicht. Mit freundlicher Genehmigung des Aachener Zeitungsverlages und des Autors Joachim Zinsen veröffentlichten wir dieses Interview erneut und stellen damit den Aachener Mairedner 2013 vor.

FRAGE: Die Wirtschaft in Ländern wie Griechenland, Portugal und Spanien stürzt also derzeit nicht trotz, sondern wegen der Rettungsmaßnahmen immer weiter ab?

Flassbeck: Ja natürlich. Die Rezession, die wir derzeit in Europa erleben, ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ist einzig und allein einer wirtschaftspolitischen Konzeption geschuldet, mit der vor allem die Bundesregierung an die sogenannte Euro-Rettung herangeht.

FRAGE: Nun lautet deren Erklärungsmuster für die Krise: Die Staaten sitzen auf viel zu hohen Schulden, weil alle über ihre Verhältnisse gelebt haben. Erst wenn die Schulden durch einschneidende Maßnahmen zurückgefahren worden sind, kann es wirtschaftlich wieder aufwärts gehen.

Flassbeck: Das ist vollkommen falsch. Die Schulden sind nicht das Problem. International setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, dass der Kern der Euro-Krise ein ganz anderer ist.

FRAGE: Herr Flassbeck, seit Jahren steckt die Euro-Zone in massiven Schwierigkeiten. Ist ein Ende der Krise absehbar?

Heiner Flassbeck: Überhaupt nicht. Die Top-Politiker in Europa haben bis heute kein sinnvolles Konzept gegen die Krise entwickelt..

FRAGE: Aber Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und andere Politiker verkünden doch zwischenzeitlich immer mal wieder, das Schlimmste liege hinter uns.

Flassbeck: Das ist nur das Pfeifen im Wald. Nein, die Lage in Europa verschlechtert sich immer weiter, sie wird sich 2013 sogar dramatisch zuspitzen. Wir zwingen gerade die südeuropäischen Staaten zu gewaltigen Ausgabenkürzungen. Auch in den USA droht ein solcher „Fiscal Cliff“. Unsere Politiker sind darüber tief besorgt, weil sie natürlich wissen, dass dadurch die amerikanische Wirtschaft abzustürzen droht. Gleichzeitig aber machen sie in Europa das Ganze freiwillig und zwar in radikaler Form. Sie treiben damit die Wirtschaft immer tiefer in die Rezession, in

den Abgrund. Dabei gibt es heute schon in Spanien und Griechenland mehr als 25 Prozent Arbeitslose. Solch ein absurder Unfug ist mit Worten kaum noch zu beschreiben.

FRAGE: Dass die Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Staaten auseinanderläuft, haben auch Teile der Politik inzwischen erkannt. Mit drastischen Lohnsenkungen sollen deshalb in den Krisenländern die Löhne und damit die Lohnstückkosten gesenkt werden. Hat diese sogenannte interne Abwertung Aussicht auf Erfolg?

Flassbeck: Bei einem Staat wie Irland mag das bis zu einem gewissen Maß funktionieren. Die Iren sind allerdings ein absoluter Sonderfall, weil ihre Wirtschaft völlig exportorientiert ist. In Südeuropa einschließlich Frankreich liegt der Außenhandelsanteil jedoch bei nur 25 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Wer dort die Löhne senkt, zerschlägt einzig und allein den Binnenmarkt. Für die Exportfähigkeit ist hingegen kaum etwas gewonnen. Denn damit diese Länder Marktanteile zurückgewinnen können, die sie in den vergangenen Jahren an Deutschland verloren haben, müssten dort länger als ein Jahrzehnt die Löhne massiv gekürzt werden. Das aber werden die Staaten wirtschaftlich und politisch nicht aushalten.

FRAGE: Was schlagen Sie vor, um die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Staaten einander anzugleichen?

Flassbeck: Wir müssen begreifen, dass der größte Player in dem ganzen Spiel Deutschland ist. Wir müssen begreifen, dass Deutschland in den vergangenen zehn Jahren mindestens genau so viel falsch gemacht hat, wie die südeuropäischen Länder. Und wir müssen begreifen, dass Wettbewerbsfähigkeit eine relative Größe ist. Deutschland versucht zurzeit allen anderen Ländern sein Wirtschaftsmodell aufzuzwingen und nur auf den Export zu setzen. Das scheitert allein schon an der Logik. Denn irgendjemand muss die produzierten Güter ja auch abnehmen. Erst wenn wir das alles verstehen, sind wir in der Lage, eine passende Therapie für die Euro-Zone zu entwickeln.

FRAGE: Nämlich?

Flassbeck: Einige Länder haben in der Vergangenheit sicherlich über ihre Verhältnisse gelebt, andere aber – vor allem Deutschland – unter ihren Verhältnissen. Die einen haben ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnsteigerungen, die oberhalb des Produktivitätszuwachses lagen, verschlechtert. Die anderen haben sie durch eine Politik der Lohnzurückhaltung systematisch verbessert. Dadurch sind gewaltige Ungleichgewichte im Außenhandel der einzelnen Euro-Länder entstanden. Für eine Währungsunion ist so etwas tödlich. Früher konnten diese Ungleichgewichte durch Wechselkursänderungen – also das Auf- oder Abwerten der nationalen Währungen – ausgeglichen werden. In einer Währungsunion ist das nicht mehr möglich..

FRAGE: Wie soll diese Therapie aussehen?

Flassbeck: Die Anpassung der verschiedenen Wettbewerbsfähigkeiten muss vor allem von Deutschland ausgehen – und zwar durch deutliche Lohnsteigerungen. Wir müssen auf internationale Marktanteile verzichten und gleichzeitig unsere Binnenkonjunktur stärken. Nur das ist ein demokratieverträglicher Weg, der Europa überleben lässt.

FRAGE: Warum tun sich deutsche Politiker so schwer, auf Ihre Kritik und Ihre Vorschläge einzugehen? Vor allem den Sozialdemokraten sollte es doch in die Karten spielen, statt auf radikale Lohnkürzungen in anderen Ländern auf höhere Löhne in Deutschland zu setzen.

Flassbeck: Weite Teile der SPD beharren leider immer noch darauf, dass die



Dr. Heiner Flassbeck meint: Die sogenannte „Euro-Rettung“ der Bundes

Agenda 2010 ein Er

de durch diese Ände
markt stagnieren in
Löhne, sind die Pro
nicht gleichartig a
Arbeitnehmer verte
zwar zu den gewalt
portüberschüssen ge
dem Nebeneffekt, d
Wirtschaftsraum her
menbruch steht. Sol
Zusammenhang nic
gemeinsam mit de
weiter im Blindflug
und irgendwann an

FRAGE: Kann d
schaft denn spru
Löhne überhaupt
Flassbeck: Die d
ternehmen sitzen auf
geht mir nicht darun

de durch diese Ände
markt stagnieren in
Löhne, sind die Pro
nicht gleichartig a
Arbeitnehmer verte
zwar zu den gewalt
portüberschüssen ge
dem Nebeneffekt, d
Wirtschaftsraum her
menbruch steht. Sol
Zusammenhang nic
gemeinsam mit de
weiter im Blindflug
und irgendwann an

FRAGE: Kann d
schaft denn spru
Löhne überhaupt
Flassbeck: Die d
ternehmen sitzen auf
geht mir nicht darun

Krise in Europa - was tun?

Vortrag und Diskussion mit Gunter Quaißer

Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Donnerstag, 2. Mai 2013, 19:00 Uhr

VHS Aachen, Peterstraße 21-25



Arbeit und Leben
DGB/VHS

1. MAI
UNSER
TAG

1. MAI 2013

GUTE ARBEIT
SOZIALES EU

... Und zwar zehn Jahre lang.“

Deutschland in den nächsten Jahren weiter steigen? Diese andere Fragen im Interview mit Prof. Dr. Heiner Flassbeck

VERLAG FOTO: DR. HEINER FLASSBECK



Die Bundesregierung stürzt viele Staaten Europas tiefer in die Rezession.

... Erfolg war. Doch gerarungen am Arbeits- Deutschland ja die Produktivitätszuwächse in Arbeitgeber und... t worden. Das hat... tigen deutschen Ex- führt, allerdings mit... ass der europäische... ute vor dem Zusam- ange die SPD diesen... nt erkennt, wird sie... er Bundesregierung... über Europa segeln... der Wand landen.

Die deutsche Wirtschaft steigt

... deutschen Exportun- Säckchen voll Geld. Es... n, die Unternehmen

nieder zu kartätschen. Aber eines sollte allen bewusst sein: Wenn einige Länder – möglicherweise sogar Frankreich – aus der Währungsunion aussteigen müssen, stehen wir vor einem brutalen Anpassungsprozess. Über Nacht werden diese Länder ihre neuen Währungen gegenüber dem Euro radikal abwerten. Deutschland wird dadurch einen großen Teil seiner Exportmärkte verlieren und mit zwei, drei, vielleicht sogar vier Millionen zusätzlichen Arbeitslosen konfrontiert sein. Wir müssen also versuchen, den Anpassungsprozess zu strecken und die falschen Strukturen, die sich in den vergangenen zehn Jahren aufgebaut haben, in einem etwa gleich langen Zeitraum zu reparieren.

FRAGE: Wie stark sollen denn die Löhne in Deutschland steigen?

Flassbeck: Wir brauchen einen jähr-

lichen Anstieg von viereinhalb bis fünf Prozent. Und zwar zehn Jahre lang. Aber vorsichtig: Damit wäre erst die Hälfte des notwendigen Anpassungsprozesses geleistet. Weitere zehn Jahre mit ähnlichen Lohnsteigerungen wären nötig, damit die heutigen Krisenländer genügend Marktanteile zurückerobert können, um Leistungsbilanzüberschüsse zu schreiben und damit auch erst in der Lage zu sein, ihre Schulden an Deutschland zurückzahlen zu können.

FRAGE: Wenn man sich die Tarifabschlüsse der vergangenen Jahre anschaut, klingt das höchst ambitioniert, wenn nicht gar utopisch. Wie sollen angesichts relativ schwacher Gewerkschaften diese Steigerungen durchgesetzt werden?

Flassbeck: Nötig ist eine konzertierte Aktion. Die Bundesregierung sollte sich mit den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften an einen Tisch setzen. Sie muss ihnen klar machen, dass unser bisheriges Exportmodell nicht mehr funktioniert und es jetzt gilt, durch höhere Löhne unseren seit Jahren schwachen Binnenmarkt zu stärken. Intelligente Staaten haben zudem eine andere Möglichkeit, das gesamte Lohngefüge nach oben zu drücken. Sie erhöhen den Mindestlohn. Aber Deutschland hat ja bekanntlich nicht mal eine allgemeine Lohnuntergrenze.

FRAGE: Kritiker halten Ihnen entgegen, Deutschland und Europa stehen mit aufstrebenden Wirtschaftsmächten wie China oder Indien im Wettbewerb. Um gegenüber diesen Produzenten konkurrenzfähig zu bleiben, müssten die Löhne sinken.

Flassbeck: Das ist in meinen Augen eine ziemlich dumme Argumentation. Die Chinesen und die Inder haben eine eigene Währung. Sie werden sie abwerten, sobald einer ihrer Handelspartner übermächtig wird. Damit wäre der Vorteil, den man sich durch Lohnzurückhaltung erhofft, sofort wieder weg.

FRAGE: Aber China erobert die Weltmärkte, weil das Land billig produziert.

Flassbeck: Vorsicht. China hat in den vergangenen Jahren genau das gemacht, was Deutschland machen muss. In dem Land sind – fraglos von einem niedrigen Niveau aus – die Löhne deutlich erhöht worden. China hat dadurch seine Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert und seinen Handelsbilanzüberschuss von zehn Prozent auf 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts reduziert. Deutschland liegt immer noch bei sechs Prozent Überschuss. Das ist überhaupt kein Grund zum Jubeln. Denn das heißt: 2012 exportieren wir wieder 150 Milliarden Euro unserer Ersparnisse ins Ausland und geben uns gleichzeitig der Illusion hin, dass die Länder, die wir

permanent an die Wand konkurrieren, sie uns eines Tages sogar mit Zinsen zurückzahlen. Das kann nicht funktionieren.

FRAGE: Deutschland ist von der Krise bisher weitgehend verschont geblieben. Wird das so bleiben?

Flassbeck: Die Krise ist bereits in Deutschland angekommen. Unsere Wirtschaft stagniert, weil einige Absatzmärkte in der Euro-Zone bereits wegbrechen. Wenn sich nun auch noch Italien und Frankreich unter deutschem Druck gezwungen sehen, ähnliche Anpassungen wie in Spanien, Portugal und Griechenland vorzunehmen, wird es in Deutschland einen dramatischen wirtschaftlichen Einbruch geben.

Zur Person



Prof. Dr. Heiner Flassbeck (62) ist einer der renommiertesten deutschen Wirtschaftswissenschaftler. Von 1990 bis 1998 leitete er die Konjunkturabteilung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Von Oktober 1998 bis April 1999 war er unter Oskar Lafontaine Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. Bis Ende 2012 war Flassbeck Chefvolkswirt der UN-Organisation UNCTAD (Welthandel- und Entwicklungskonferenz). Flassbeck hat zahlreiche Bücher veröffentlicht – unter anderem die Streitschrift „Zehn Mythen der Krise“ (erschieden bei Suhrkamp).

Mach es wie die Meisten...
...Du kannst es Dir leisten!

CONTEX

Berufsbekleidung,
Textil- & Hartwarenveredelung

**IHR BERUFSBEKLEIDUNGS-SPEZIALIST
IN DER REGION AACHEN**

ConteX GmbH Aachen
Shop: Jülicher Straße 29 • 52070 Aachen
Tel.: +49 (0)241 - 46 37 52 40 • info@con-tex.de
www.con-tex.de

LEIBER EING PLANAM

BERUFSBEKLEIDUNG

DGB

**T. SICHERE RENTE.
EUROPA.**

EVG verhandelt Demografie-Tarifvertrag abschließend

EVG: Beschäftigungsbedingungen werden individueller und flexibler

TEXT: THORSTEN HAGEDORN, GESCHÄFTSSTELLENLEITER EVG, GESCHÄFTSSTELLE KÖLN FOTO: EVG GESCHÄFTSSTELLE KÖLN

Die EVG hat einen für die Branche neu- und einzigartigen Demografie-Tarifvertrag abgeschlossen. Die Beschäftigungsbedingungen werden individueller und flexibler gestaltet. Dieser Tarifvertrag beschreibt den gesamten Weg von der Ausbildung über die Phasen mitten im Berufsleben bis zum Übergang in die Rente und bringt für viele deutliche Verbesserungen.

Der Kündigungsschutz wurde weiter ausgebaut. Die Beschäftigungssicherung bei der DB gilt künftig unbefristet. Es wird keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Dabei ist es egal, ob ein Arbeitsplatz durch Ausschreibungsverlust oder durch Rationalisierung wegfällt. Neu ist dabei, dass der Kündigungsschutz auch den Fall des Leistungsverlustes bei verlorenen Ausschreibungen im SPNV erfasst. Einmalig ist sicher auch der Kündigungsschutz für Kolleginnen und Kollegen, die krankheitsbedingt ihren Beruf nicht mehr ausüben können.

Eingeführt wird ein neues De-



Aktion zum Auftakt der Einkommensrunde mit der DB AG

mografie-Modell zur Absenkung der Arbeitszeit für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Teillohnausgleich, die durch jahrelangen Nachtdienst oder Wechselschichten bzw. Rufbereitschaften besonders belastet

sind. Als Startmodell „Besondere Teilzeit im Alter“ wurde für die Beschäftigten ab 60 Jahre, die in Wechsel- und Nachtschicht oder Rufbereitschaft tätig sind, ein Anspruch auf eine Reduzierung der Arbeitszeit vereinbart.

Die DB AG wendet dafür 25 Millionen Euro pro Jahr auf.

Die Balance von Beruf, Familie und Privatleben wird darüber hinaus durch mehr Teilzeitmodellen verbessert. Außerdem können DB-Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer ab 2013 Familienpflegezeit in Anspruch nehmen.

Die betriebliche Gesundheitsförderung wird weiter ausgebaut. Hierzu zählen Angebote und Projekte zur Förderung der geistigen und körperlichen Gesundheit und erweiterte Beratungsangebote. Um Arbeitsplätze und Arbeitsabläufe altersgerechter zu gestalten werden beispielsweise in der Fahrzeuginstandhaltung Ergonomie-Berater eingesetzt.

Die EVG hat weiterhin erreicht, dass die gleiche Bezahlung von Zeitarbeitern (Equal Pay) in Unternehmen der DB AG künftig schon nach zwölf Monaten Tätigkeit im gleichen Einsatzbetrieb erfolgen muss.

EVG-Forderung zur Einkommensrunde 2013

In einer gemeinsamen Sitzung haben die Tarifkommissionen die Forderung zu den Tarifrunden 2013 beschlossen. Die EVG fordert für die Beschäftigten der Eisenbahnbranche eine Lohnsteigerung von 6,5%.

Arbeit: Sicher und Fair! Für alle

IG Metall Düren: Werkverträge – Grauzone zwischen Fairness und Missbrauch

TEXT: VOLKER KOHLISCH, GEWERKSCHAFTSSEKRETÄR IG METALL DÜREN



Arbeitsplätze sichern, gute Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung für alle Beschäftigten durchsetzen, - dafür steht die IG Metall. Unsere Tarifverträge regeln die Arbeitsbedingungen und Entlohnung für Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Die IG Metall hat den Missbrauch von Leiharbeit öffentlich angeklagt und wirkungsvoll reguliert. Nun stehen wir gemeinsam vor einer neuen Herausforderung: Denn Werkverträge werden zunehmend als Instrument für Lohndumping und

Schwächung der Arbeitnehmerrechte missbraucht. So mehren sich die Anzeichen, dass Arbeitgeber wegen der zunehmenden Regulierung der Leiharbeit verstärkt in die Grauzone der Werkvertragsarbeit ausweichen.

Outsourcing spaltet die Belegschaften in eine Kernbelegschaft und in Beschäftigte, die an den Rand gedrängt werden – oft ohne Tarifvertrag, ohne Sicherheit, ohne Mitbestimmung und mit geringem Einkommen. Und auch für die Unternehmen ist diese Strategie riskant: Denn sie verlieren das Know-how, das

bisher von eigenen Fachkräften abgedeckt wurde. Die IG Metall will eine faire Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Dazu gehört, dass Leiharbeiter zu fairen Bedingungen beschäftigt werden, der Missbrauch von Werkverträgen gestoppt wird.

Viele Betriebsräte kümmern sich schon um das Thema Missbrauch von Werkverträgen. Wir, die IG Metall Düren, werden sie dabei unterstützen. Mit unserer Kampagne machen wir uns stark für die Rechte der Werkvertragsbeschäftigten. Die IG Metall ist verantwortlich für alle Arbeitnehmer/-innen im Betrieb – egal, in welchem Beschäftigungsverhältnis sie stehen!

Wir wollen sichere und faire Arbeit für Alle. Gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen in den Werkvertragsunternehmen, den Stammebelegschaften, sowie den Betriebsräten nimmt die IG Metall die Auseinandersetzung um sichere und faire Arbeit auf. Wir wehren uns gegen eine velleibständige Marktlogik und deren angebliche Sachzwänge. Prekarisierung und Entwertung von Arbeit sind nicht zwangsläufig. Diesen Entwicklungen stellen wir uns in den Weg.

Unbesetzter Polizeiruf

GdP: 110 - und keiner geht dran

TEXT: WILHELM JENSCH, GEWERKSCHAFT DER POLIZEI, KREISGRUPPE AACHEN

FOTO: GDP AACHEN



Sollte es bei den bisherigen Einstellungen von 1400 Polizeiazubis bleiben, droht ein massiver Stellenabbau von Polizistinnen und Polizisten: bis zum Jahre 2020 wird es 1800 Polizistinnen und Polizisten weniger geben, wenn nicht sofort gehandelt wird!

Mit weniger Personal schaffen wir das nicht mehr!

Die massive Verringerung von Polizistinnen und Polizisten findet im Bewusstsein und in Kenntnis der rasant gestiegenen Kriminalitätszahlen aus den vergangenen Jahren (seit 2009) statt.

Was bedeutet das für die DGB Region Süd-West?

Insgesamt werden 110 Polizistinnen und Polizisten weniger: in Aachen (61), in Düren (20), in Euskirchen (12) und in Heinsberg (17), für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sorgen können!

Dies kann dazu führen, dass Polizeiwachen geschlossen werden!

Die Kriminalität stieg zum Vergleich zu 2010 um erschreckende 17%.

Bezogen auf einzelne Straftaten waren die Zuwächse noch

erheblicher: Die Anzahl der Autoaufbrüche stieg um fast 50%.

Mehrere Tausend Metalldiebstahle (kupferne Fallrohre, Kanaldeckel usw.) und Diebstahle, die auf den Friedhöfen passierten (Grababdeckungen, Grablampen ect.) wurden verzeichnet.

Alle 9 Minuten ein Wohnungseinbruch!

Die Vorstellung, das eine unbekannte Person in die Intimsphäre von Bürgerinnen und Bürgern eingedrungen ist, deren Schränke, Kleidung und andere persönlichen Gegenstände anfasste und durchwühlte, löst nicht nur Betroffenheit aus, sondern traumatisiert die Opfer noch lange nach der Tat!

Der sich abzeichnende Stellenabbau bei der Polizei muss verhindert werden!

Für gute Arbeit und einen gesetzlichen Mindestlohn

NGG-Region Aachen : Menschen brauchen gute Jobs und keine prekäre Beschäftigung

TEXT: PETER MOGGA, GESCHÄFTSFÜHRER NGG REGION AACHEN FOTO: AXEL GAUSTER

Die NGG-Region Aachen kann eine positive Mitgliederentwicklung verzeichnen: 4195 Mitglieder, davon 1972 Frauen und 2223 Männer. 328 sind Jugendliche unter 27 Jahre.

Die größten Branchen:

- Süßwarenindustrie mit 1169 Mitgliedern
- Obst- und Gemüseverarbeitende Industrie mit 833 Mitgliedern
- Backgewerbe mit 638 Mitgliedern

Seit fast zwei Jahren gibt es die von NGG maßgeblich mitbegründete „Heinsberger Initiative für Gute Arbeit durch mehr Mitbestimmung“. Ziel ist, vor allem die großen Industriebetriebe Rosen Eiskrem, Solent und Bonback (Lidl-Schwarz Gruppe) betriebs-

verfassungsrechtlich und tarifpolitisch zu erschließen.

Die Menschen brauchen gute Jobs und keine prekären Arbeitsverhältnisse!

Die derzeit ca. 7 Millionen Mini-Jobs bundesweit sollten schnellstens in ganz normale Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt werden, denn diese Arbeitsverhältnisse sind ab dem ersten Euro bei der Bezahlung, den übrigen Arbeitsbedingungen und der sozialen Sicherung wie jedes andere Teilzeitarbeitsverhältnis zu werten.

Die Beschäftigten der Aachener Region in den Dienstleistungsbetrieben des Bäckerhandwerks, des Fleischerhandwerks und der Gastronomie sind genauso auf einen guten Arbeitsplatz angewiesen wie alle anderen.



Aktion der NGG-Frauen zum Internationalen Frauentag

Es darf keine Beschäftigten erster und zweiter Klasse geben. Dies widerspricht dem Geist des Grundgesetzes. Der Rechtsanspruch auf eine Arbeitszeiterhöhung bis hin zur Vollzeitarbeit

muss analog zum bestehenden Recht auf Teilzeitarbeit gestärkt werden.

Unabhängig von der Arbeitszeit sind alle Beschäftigten entsprechend ihrer Tätigkeit bei der

Entlohnung gleich zu behandeln, sogenannte Aushilfslöhne sind unzulässig. Ein gesetzlicher Mindestlohn von nicht weniger als 8,50 Euro ist dafür eine Mindestvoraussetzung.

Es gilt auch, die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen abzuschaffen. Die Angst, den Arbeitsvertrag nicht verlängert zu bekommen, führt zum Verzicht auf gesetzliche und tarifliche Rechte.

Eine Demokratie braucht Menschen, die keine Angst haben müssen, ihre Rechte einzufordern. Die Bundesregierung ist aufgefordert, die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen endlich zu schaffen, ansonsten ist ihr mit Recht zu unterstellen, dass Armut politisch akzeptiert wird.

Tarifverhandlungen einfordern!

IGBCE Bezirk Alsdorf: Wenn Löhne nicht zum Leben reichen...

TEXT: DENNIS RADTKE, GEWERKSCHAFTSSEKRETÄR IGBCE BEZIRK ALSDORF FOTO: IGBCE BEZIRK ALSDORF



Demonstration bei der Firma EKÜ Outsourcing GmbH

Rund 60 Beschäftigte der Firma EKÜ Outsourcing GmbH demonstrierten für die Aufnahme von Tarifverhandlungen. Es gab einen guten Grund für die Kolleginnen und Kollegen, auf die Straße zu gehen. „Bei EKÜ wird nur etwa 50 Prozent des Tariflohnes gezahlt“, so Dennis Radtke, Sekretär der IG BCE. „Seit Sommer 2012 verfolgen wir das Ziel, für die Beschäftigten bei EKÜ einen Tarifvertrag einzuführen. Es ist wahrlich ein

Skandal, dass die bei EKÜ Beschäftigten mit mehr als 220 Stunden im Monat noch zum Arbeitsamt gehen müssen, um eine Aufstockung zu beantragen“, fasst er die dramatische Situation zusammen.

Da ist es doch nur zynisch, wenn es aus dem Unternehmen heißt, dass der Mindestlohn natürlich gezahlt wird, wenn er denn kommt. So ein Statement lässt sich ja nur in eine Richtung interpretieren, nämlich die, dass der Betrieb das auch

jetzt schön könnte. „Wir haben die Schnauze voll von der Tagelöhnerie“, so der IG BCE Kollege weiter.

Der DGB-Regionvorsitzende Ralf Woelk bestärkte die Anwesenden mit den Worten, dass die IG BCE nichts Unanständiges fordere, sondern „nur“ die Einführung des bestehenden Zeitarbeitstarifvertrages mit den entsprechenden Zuschlägen. „Wir bleiben dran!“ versicherte die IG BCE den Kolleginnen und Kollegen.

Arbeitsbedingungen an den Hochschulen verbessern!

GEW RV Aachen: Trotz „Exzellenz“ fragwürdige Arbeit- und Vertragskonditionen

TEXT: DR. GUNNAR KETZLER, FACHGRUPPE HOCHSCHULE UND FORSCHUNG IM GEW RV AACHEN

In den letzten Jahren sind an den Hochschulen erfreulicherweise viele neue Arbeitsplätze entstanden. Die derzeit mehr als 5.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an RWTH, FH, KatHO und sonstigen Einrichtungen in Aachen machen inzwischen eine der größten Beschäftigtengruppen der Stadt aus. Trotz „Exzellenz“: Viele sind unter geradezu fragwürdigen Arbeits- und Vertragskonditionen tätig. Die GEW sieht hier in 2013 weiter akuten Handlungsbedarf und hofft auf Rückenwind durch die Landespolitik.

Kurze Vertragslaufzeiten und unklare Beschäftigungsperspektiven sind in einigen Bereichen an der Tagesordnung. Kaum bekannt ist auch, dass nur wenige

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den Hochschulen überhaupt dauerhaft beschäftigt sind - bundesweit nur rund 15%! In vielen Fächern ist eine halbe Stelle der Normalfall und mit „halb“ ist dabei natürlich nur die Bezahlung gemeint.

Viele Institute verstehen sich inzwischen fast als private Firmen und haben diese prekären Beschäftigungsverhältnisse zum zweifelhaften Geschäftsmodell entwickelt. Bei tatsächlich gearbeiteter voller Stundenzahl liegt der Stundenlohn der Beschäftigten trotz hoher Eingruppierung bei halber Stelle im Niedriglohnbereich. Gleichzeitig lassen sich die Institutsleitungen oftmals „Erfolgszulagen“ auszahlen - für erfolgreiche, weil kostengünstige, Projekteinwer-



bungen.

Die GEW setzt sich mit dem „Templiner Manifest“ für klare Berufsbilder und faire Bedingungen statt prekärer Beschäftigung an den Hochschulen ein. Speziell bei der in NRW jetzt anstehenden Änderung des Hochschulgesetzes will die GEW erreichen, dass die Po-

sition der vielen nicht-professoralen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geklärt und deutlich gestärkt wird. Die GEW drängt darauf, dass die Ankündigungen der Landesregierung, hier für stabilere und transparentere Beschäftigungs- und Qualifikationsverhältnisse zu sorgen, auch Folgen haben

wird. Die Ergebnisse müssen dann auch an den Aachener Hochschulen umgesetzt werden!

Die GEW ermuntert diejenigen, die selbst Erfahrungen mit prekärer Beschäftigung an Hochschulen gemacht haben, nicht nur die eigene Situation zu beklagen, sondern sich lebhaft an der aktuellen Diskussion zu beteiligen und sich auch öffentlich bemerkbar zu machen!

Informationen und Einschätzungen zum neuen Hochschulgesetz und anderen Themen rund um die Hochschulen in Aachen sind auf der Webseite der Fachgruppe Hochschule und Forschung der GEW (www.gew-hochschulforum-aachen.de) abrufbar.

Mobbing - ein Problem aus grauer Vorzeit!

Heute ist alles anders

TEXT: HEINZ BACKES, MOBBING-KONTAKT-STELLE

Vor langer, langer Zeit, als die Arbeitswelt noch trist und grau war, der 12-Stunden-Tag zur Normalität gehörte, als Mitbestimmung und Tarifverträge noch nicht existierten und die Gewerkschaften noch schwach waren, gab es kleine graue Männchen (und Frauenchen), die so manchen abhängig Beschäftigten die Arbeit zur Hölle machten. Sie schafften es durch den Entzug von Kompetenzen und Arbeitsaufgaben, die Anordnung sinnloser und den Selbstwert verletzender Aufgaben, durch Ausgrenzung oder Einschränkung der Kommunikationsmöglichkeiten, durch verbale und nonverbale Aggression oder Ausübung körperlicher Gewalt, den Einsatz von Gerüchten und Verdächtigungen mancher Arbeiterin und manchem Arbeiter das Leben zur Hölle zu machen. Um das Phänomen wissenschaftlich in den Griff zu

kriegen erfand man den schillernden Fachbegriff Mobbing und stellte fest, dass rund 1,5 Millionen Menschen im damaligen Deutschland von Psychoterror am Arbeitsplatz betroffen waren.

Zu dieser Zeit machten sich der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) der hiesigen Region, die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), das Nell-Breuning-Haus und das Bistum Aachen auf den Weg, dieses Übel zu bekämpfen und gründeten die telefonische und persönliche Mobbingberatung. Auch andere hatten ein Einsehen mit den bedrängten Arbeitnehmer/-innen, z. B. das Arbeitsministerium in Nordrhein-Westfalen sowie die Krankenkassen und machten sich mit auf den Weg das Übel zu bekämpfen.

Heute ist nun alles anders. Gute Arbeit und Fairness in der Arbeitswelt verhindern jetzt die

morbiden Strukturen in Betrieben und Unternehmen. Gesundheitsvorsorge und Führungskräfte-

tetrainings sorgen dafür, dass Arbeitnehmer/-innen eine gute und gerecht bezahlte Erwerbs-

arbeit haben. Die Gewinne der Unternehmen explodieren, weil alle froh und glücklich sind. Sogar ehemals brutale Vorgesetzte mutierten dank der Offensive für eine gerechte, humane und faire Arbeitswelt zu braven Hirten, die ihren Schafen nun zuvorkommend, freundlich, offen und kommunikativ gegenüber treten. Endlich haben wir die langersehnte heile Arbeitswelt. Nur ein unzufriedenes Bündnis aus grauer Vorzeit hat seine Mobbingberatung immer noch nicht ad acta gelegt und stellt mit der kostenlosen Telefonnummer (0800-1820182) am Montag und Donnerstag von 18.00 - 20.00 Uhr, ein überflüssiges Beratungsangebot zur Verfügung und ein modernisiertes Arbeitsministerium unterstützt das auch noch von Montag bis Donnerstag, 16.00 - 20.00 Uhr mit der eigenen Beratungsstellennummer (0221/8371911)

KAB-Diözesanverband Aachen



DGB-Region NRW Süd-West

Arbeitsschwerpunkte für das Wahljahr 2013

Neuigkeiten aus dem Kreisverband Heinsberg

TEXT: KARL PANITZ FOTO: DGB REGION NRW SÜD-WEST



Die Arbeitsschwerpunkte sind festgelegt

Der Kreisvorstand des DGB Kreisverbandes Heinsberg hat seine Arbeitsschwerpunkte für 2013 festgelegt. Dazu erklärte der DGB-Kreisvorsitzende Willi Klassen: „Natürlich wird die bevorstehende Bundestagswahl Auswirkungen auf unsere Arbeit haben. Wir werden unsere Themen Gute Arbeit - Sichere Renten - Soziales Europa mit der Politik im Kreis Heinsberg intensiv diskutieren.“

Der DGB-Kreisverband wird auch in diesem Jahr wieder eine 1. Mai-Veranstaltung durchführen. Bei der Veranstaltung in Hückelhoven auf dem Gelände von Schacht 3 werden die Themen Gute Arbeit - Sichere Renten - Soziales Europa mit den Heinsberger Bundestagskandidaten diskutiert. Außerdem

wird es wieder Gelegenheit für Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaften geben.

Das Thema Rente und Altersarmut wird auch im weiteren Verlauf des Jahres die Arbeit des DGB Kreisverbandes Heinsberg bestimmen. Mitte Juni sollen dazu Aktionstage durchgeführt werden. An Infoständen werden wir mit unseren Positionen zu diesen Themen in die Öffentlichkeit gehen und mit Bürgerinnen und Bürgern im Kreis Heinsberg diese Themen diskutieren.

Zu den Themen Sichere Arbeit, Leiharbeit, Befristete Arbeitsverhältnisse und Mindestlohn plant der DGB-Kreisverband eine Konferenz mit Betriebs- und Personalräten und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten.

Neu gegründeter Kreisverband nimmt seine Arbeit auf

Informationen aus dem Kreisverband Düren

TEXT: KARL PANITZ FOTO: DGB REGION NRW SÜD-WEST

Der im Oktober letzten Jahres gegründete DGB Kreisverband Düren hat sich zur Aufgabe gestellt, die Interessen der Menschen im Kreis Düren zu vertreten. Hierbei will der DGB-Kreisverband Düren die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder im Kreis Düren vertreten, die im Arbeitsleben stehen, die eine Ausbildung und Arbeit anstreben, arbeitslos oder im Ruhestand sind.

Der Kreisverband sieht sich aber auch als gesellschaftliche Organisation mit einem übergreifenden Gestaltungsauftrag, den sie mit anderen sozialen Bewegungen und politischen Kräften umzusetzen versucht.

In einer Zeit, in der sich der gesellschaftliche Zusammenhalt aufzulösen droht und Ungerechtigkeiten sowie Ungleichbehandlungen zunehmen, sind die gewerkschaftlichen Tätigkeitsfelder kaum noch überschaubar.

Die Themen, die der DGB-Kreisverband in der nächsten Zeit behandeln will, sind

- die Situation auf den Arbeitsmarkt,
- die Schaffung neuer Arbeitsplätze,
- die zunehmende Leiharbeit,



Der Kreisvorstand bei seiner Klausurtagung

- die zunehmende Zahl von Minijobs
- die steigende Zahl an befristeten Arbeitsverhältnissen,
- die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes,
- die sozialen Belange unserer Mitglieder
- wie die Rente mit 67,
- die steigende Altersarmut,
- und die steigende Armut aufgrund von Arbeitslosigkeit.

Außerdem wird sich der DGB-Kreisverband mit dem Containerterminal und der Ausbildungssituation im Kreis Düren

beschäftigen. Auch die zunehmende Kriminalitätsentwicklung im Kreis Düren wird ein Thema für den Kreisverband sein. Wie ist es um die Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger bestellt und wie werden sich die verantwortlichen Stellen in den nächsten Jahren dazu aufstellen? Diese Fragen will der Kreisverband beantwortet wissen.

Weiterhin wird der DGB-Kreisverband mit seiner 1. Mai-Veranstaltung die Themen „Gute Arbeit“ – „Sichere Renten“ – „Soziales Europa“ behandeln.

Ford Genk und Arcelor Mittal: Die Grenzen des Sozialdialogs

Gastbeitrag der Gewerkschaft MWB (Belgien)

TEXT: DNICO CUE, GENERALSEKRETÄR GEWERKSCHAFT METALLER WALLONIE BRÜSSEL (MWB) FOTO: MWB

Die Arbeitsplätze der belgischen Metall-Arbeiterinnen und -arbeitnehmer sind von massiven Arbeitsplatzverlusten bedroht. Durch die Ankündigung der Schließung der Produktionsstätte von Ford in Genk im Norden des Landes sind 4.300 direkte Arbeitsplätze und insgesamt mehr als 11.000 Beschäftigte von Entlassung bedroht. Durch die unklare Zukunft des Stahlunternehmens Duferco NLMK in La Louvière (Wegfall von 600 Arbeitsplätzen) und durch die Entlassung von 800 Beschäftigten der Hochöfen von Arcelor Mittal in Lüttich ist nun das Ende der Kaltverarbeitung vorprogrammiert. Auch wenn die Verhandlungen für Duferco NLMK noch einige Hoffnungen offen lässt, so sind für die aktuellen Arbeitskämpfe mehrere Gemeinsamkeiten deutlich, welche im Ergebnis die Grenzen des Sozialdialogs deutlich machen:

1. Ohne Vorankündigung für die Beschäftigten werden die Entscheidungen von internationalen Unternehmen getroffen. Zurückhaltendes Verbraucherverhalten, bedingt durch Sparpolitik und die Senkung der Kaufkraft führen zu Absatzschwierigkeiten und Überproduktion.
2. In keinem der hier aufgeführten Fälle wird die Wettbewerbsfähigkeit als Schließungsgrund aufgeführt. Auch nicht die Höhe der Löhne oder die Produktivität, schon gar nicht die Flexibilität der Arbeitnehmer.
3. Der Spielraum für die politischen Kräfte ist angesichts dieser Entscheidungen sehr eingeschränkt. Neben der Rückforderung von Subventionen und evt. Sanierungskosten gibt es für die lokale Politik kaum Möglichkeiten die Entscheidungen der internationalen Konzerne zu beeinflussen. Da man sich im Falle von



Kollegen bei Arcelor Mittal

Arcelor Mittal auch hartnäckig weigert, die Betriebe (z.B. an das Bundesland Wallonie) zu verkaufen, bleibt die einzige konsequente Forderung möglicherweise nur die Enteignung?

4. Auch die europäischen Institutionen sind in diesen Auseinandersetzungen keine Hilfe für die Beschäftigten. Außer vagen Versprechungen und ungehörten Bitten ist nichts Konkretes erfolgt. Auf die Bitte der EU-Kommission, die Schließung der Stahlwerke um 6 Monate zu verzögern, um der EU Zeit für einen „Plan für den Stahl“ einzuräumen, kam von Mittal ein schnelles und unbittliches „NEIN“!

Erschwerend kommt hinzu, dass man die Proteste der betroffenen Arbeitnehmer ins schlechte Licht rücken will. Sowohl auf nationaler Ebene wie im Ausland will man sie kriminalisieren. Dafür sprechen u.a. der harte Umgang der Arbeiter von Ford Genk in Köln oder auch die Gas- und Gummigeschosse gegen die Arbeiter von Arcelor in Straßburg. Die Auflagen der Ordnungsbehörden schränken den Rahmen der Arbeitskämpfe zusätzlich ein. Das Strafgesetzbuch in Belgien sieht höhere Strafen für diejenigen vor, die die wirtschaftliche Ordnung gefährden als für Konzerne, die tausenden Beschäftigten in ihrer Existenz gefährden. Der Privatbesitz an Produktionsmitteln steht hier nach wie vor höher als die Zukunft einer gesamten Region und ihrer Bevölkerung. Diese Entwicklung setzt dem Sozialdialog Grenzen und gefährdet auf Dauer den Sozialen Frieden.

Dreisprachig!!

Gastbeitrag der Gewerkschaft FNV (Niederlande) – Kenntnisse der Nachbarsprachen eröffnen

TEXT: PIET GÖBBELS, FEDERATIE NEDERLANDSE VAKBEWEGING (FNV)/DACHVERBAND DER NIEDERLÄNDISCHEN GEWERKSCHAFTEN UND PRÄSIDENT DES INTERNATIONALEN GEWERKSCHAFTSRATES (IGR) MAAS-RHEIN FOTO: FNV



Piet Göbbels

Ob man es nun wirtschaftlich oder sozialpolitisch betrachtet, Kenntnisse der euregionalen Nachbarsprachen sind eine Notwendigkeit, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine bessere Aussicht auf dem Arbeitsmarkt erhalten wollen.

Bereits in den Grundschulen und später in den weiterführenden Schulen der Euregio Maas-Rhein müssen die jungen Menschen bestmöglich auf ein Leben und Arbeiten in der Euregio, in Europa oder gar darüber hinaus vorbereitet werden! Das bereitet sowohl die Menschen sowohl auf das Leben als auch auf den Arbeitsmarkt vor. Aber gleichzeitig verbessern wir die Aussichten für den Standort für (internationale) Betriebe in der Euregio. Das Niederländische

Bildungs- und Kultusministerium sowie die Provinz Limburg erkennen die Notwendigkeit dieser Entwicklung und fördern sie. Ausserdem hat der Euregiorat der Euregio Maas-Rhein schon in 2002 eine Resolution akzeptiert in der das Lernen einer zweiten euregionalen Sprache als notwendig bezeichnet wird. Der niederländische Dachverband der Gewerkschaften FNV unterstützt diese Aufforderung! Die euregionale Zukunft kann

weiterentwickelt und gestärkt werden wenn neben Englisch auch Deutsch und Französisch in den Lehrplan integriert und der Sprachunterricht insgesamt ausgebaut werden. Es geht darum, dass junge Menschen als zukünftige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Nachbarsprachen so anwenden kann, das er oder sie nicht nur in der eigenen Region eine bessere Perspektive auf dem Arbeitsmarkt bekommt, sondern auch über die

Regionsgrenzen hinweg! Das Ziel ist aber nicht nur die Verbesserung der Sprachkenntnisse für die Anwendung auf dem Arbeitsmarkt! Sondern es geht auch darum, die Nachbarn noch besser kennen zu lernen, selbst mobiler in der gesamten Region zu werden und dabei offener zu sein für die Kultur und die Gesellschaft der Nachbarregionen, in Europa und der Welt. Wer dreisprachig ist in der Euregio Maas-Rhein, dem gehört die Zukunft!

Der Fiskalpakt als wirksamer Ausweg aus der Krise?

Gastbeitrag der Gewerkschaft CSC (Belgien)

TEXT: BERND DESPINEUX, BEZIRKSSEKRETÄR DER CSC FOTO: CSC

Wie stehen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Europas zum Fiskalpakt? Und ist es nicht zu kurz geraten, nur vom Fiskalpakt zu reden, diesem neuen europäischen Diktat, das niemand versteht? Müssen wir nicht gleichzeitig von der Finanz-, Banken-, Schulden- und Wirtschaftskrise reden? Und ist der Fiskalpakt wirklich ein wirksamer Ausweg aus diesen Krisen?

Wird dieser finanzielle Aderlass, der in aller Härte die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer treffen wird, ohne gleichzeitige Wachstumsstrategie nicht dazu führen, dass Krisenstaaten kaputt-



CSC-KollegInnen bei einer Europakundgebung in Brüssel

gespart werden während andere Länder kaum betroffen sein werden? Und muss der Begriff „Wachstum“ nicht neu definiert werden, über den rein finanziellen Aspekt hinaus? Außerdem ist noch ungeklärt, was über den Fiskalpakt hinaus – oder an Stelle des Fiskalpaktes – geschehen muss, damit die verschiedenen Krisen bewältigt werden können. Die Stichworte dazu sind: Steuern auf Finanztransaktionen, Schuldentilgungspakt,

Eurobonds, ein europäisches Investitions- und Wachstumsprogramm, stärkere Anstrengungen bei der Energieeffizienz hin zu einer Energieautarkie sowie letzten Endes eine stärkere Einbindung

des EU-Parlaments in europäische Entscheidungen. Die wesentlichste Ursache für die europäische Schuldenkrise sind die Rettungsmaßnahmen, die die Staaten seit 2008 für die Banken ergriffen haben. Es ist an der Zeit, dass jene Banken, die wieder Gewinne schreiben, Solidarität zeigen. Eine andere wichtige Ursache ist die unterschiedliche Entwicklung der Lohnstückkosten in Europa. In Westeuropa verzeichnen wir kaum inflationsbereinigte

Lohnzuwächse während diese in Süd- und Osteuropa überdurchschnittlich waren. Insbesondere der deutsche Weg des Billiglöhns ist nicht erstrebenswert, weil dadurch die Armut gefördert wird. Wir brauchen dringend ein europäisches Investitions- und Wachstumsprogramm, das alle Teilstaaten wieder in die Lage versetzt, Sozialpolitik zu betreiben und damit den Wohlstand und das Wohlbefinden der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu fördern. Gleichzeitig Bremsen und Gas geben hat noch nie gut zusammengepasst.

„Morgen werden wir die Gewerkschaftshäuser besetzen“

Die Zerschlagung der freien Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten

TEXT: RALF WOELK, VORSITZENDER DGB-REGION NRW SÜD-WEST FOTO: DGB

Im Januar 1933 übernahmen die Nationalsozialisten im Deutschen Reich die Macht. Damit begann das düsterste Kapitel deutscher Geschichte an dessen Ende Deutschland in Schutt und Asche lag und über 20 Millionen Tote zu beklagen waren.

Schnell zerschlugen die Nazis die Organisationen der Arbeiterbewegung. Diese war am Ende der Weimarer Republik tief zerstritten und zu keiner gemeinsamen Gegenwehr in der Lage oder bereit. Die laufenden Betriebsratswahlen im Frühjahr 1933 wurden abgebrochen, um den eindeutigen Erfolg der freien Gewerkschaften zu unterbinden. Die Funktionäre der KPD waren entweder auf der Flucht oder bereits verhaftet und in Konzentrationslagern interniert. Die Organisationen der Bergbauergewerkschaften wurden bereits im März 1933 ausgeschaltet.

Trotz all dieser Erfahrungen entschieden sich die Gewerkschaften zu einer verhängnisvollen Appeasement-Politik, auch weil man glaubte, der Faschismus wäre nur eine vorübergehende Erscheinung.

Schließlich ernannten die Nationalsozialisten den 1. Mai zum ‚Nationalen Tag der Arbeit‘ und instrumentalisierten diesen Kampftag der Arbeiterbewegung für ihre Zwecke. Am gleichen Tag schrieb Reichspropagandaminister Goebbels in sein Tagebuch: „Morgen werden wir die Gewerkschaftshäuser besetzen.“

Was in unserer DGB Region geschah: Aachen*

Das Haus der Freien Gewerk-



schaften in der Kleinkölnstraße 18 wurde am 2. Mai 1933 durch SA-Verbände besetzt. Zum kommissarischen Leiter des ADGB wurde der nationalsozialistische Stadtverordnete und Arbeitsrechtslehrer Quirin Jansen ernannt.

Die Gewerkschaftsangestellten wurden zunächst im Schulungsraum festgehalten und durch die Nationalsozialisten verhört.

In „Schutzhaft“ genommen wurden dagegen Klaus Haaß, Vorsitzender des ADGB-Ortsausschusses und des Deutschen Textilarbeiterverbandes, der auch im Aachener Reichsbanner und in der Eisernen Front aktiv gewesen war, sowie die Kollegen Jean van Wersch und Cornelius Haller vom Deutschen Metallarbeiter Verband. Von der Aktion gegen

die Freien Gewerkschaften wurden die Aachener BürgerInnen lediglich durch eine knappe Presseerklärung des Regierungspräsidenten unterrichtet.

Haaß und einige weitere Gewerkschafter flüchteten später nach Belgien und organisierten von dort einige Widerstandsaktionen. Mit dem Einmarsch der deutschen Truppen in Belgien brach auch dieser Widerstand zusammen.

Anna Braun-Sittarz, Betriebsrätin in einem Textilbetrieb und bis zuletzt für die KPD im Stadtrat betrieb bis 1934 noch einen Milchkiosk (Ecke Mauerstr./Königstr.), der noch eine zeitlang als konspirativer Treffpunkt für Partei und Gewerkschaft diente. Als dieser aufflog musste sie für zweieinhalb Jahre ins Zuchthaus. Sie kehrte nach 1945 nach Aachen zurück und war an der Neugründung des DGB im März 1945 beteiligt.

Düren*

Am 2. Mai 1933 besetzten SA und NSBO in Düren Gewerkschaftsbüros in der Kreuzstraße, Philipstraße und der Eisenbahnstraße und verhafteten mindestens fünf Gewerkschaftsfunktionäre. Bei der Aktion in der Kreuzstraße wurde der gesamte Vorstand des Deutschen Bauergewerksbundes festgenommen, der zum Zeitpunkt der NS-Aktion gerade eine Sitzung abhielt. Von den Verhafteten ist lediglich der Verbandsvorsitzende Hemmersbach namentlich bekannt. Das Gewerkschaftsbüro wurde anschließend von den Nationalsozialisten versiegelt. Nach der Aktion in der Kreuzstraße zogen die NS-Ver-

bände zu den Gewerkschaftsbüros in der Adolf-Hitler-Straße, wo sie den Gewerkschaftssekretär Offermann verhafteten und anschließend auch hier die Räume versiegelten. Der Gewerkschaftssekretär Kuhnert wurde schließlich in seiner Privatwohnung verhaftet. Bei allen Verhaftungen wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen. Am 16. Mai 1933 wurde das Vermögen der Dürener Freien Gewerkschaften an die dortige NSBO übergeben.

Stolberg*

Auch im Landkreis Aachen folgte auf eine pompöse Feier des 1. Mai 1933 am Tag darauf der Sturm auf die Einrichtungen der Freien Gewerkschaften. Ein im Rathaus Stolberg eingehender Funkspruch wies die dortigen Polizeibehörden an, keine polizeilichen Maßnahmen gegen die Aktion der NSDAP einzuleiten. Der örtlichen Presse war die Zerschlagung der Arbeiterbewegung im ganzen Reich nur wenige Zeilen wert.

Die NSBO wachte über die Kassenbestände der ehemals freien Gewerkschaften. Für eine Übernahme aller Funktionen in den Gewerkschaften reichte die Personaldecke der NS-Organisationen jedoch nicht aus. Die Gewerkschaftsangestellten wurden aufgefordert, ihre Tätigkeit „im Sinne der Regierung“ weiterzuführen.

* Quelle: Scheibe D./ Wiegold-Bovermann M., Morgen werden wir die Gewerkschaftshäuser besetzen, 1. Auflage: Klartextverlag Essen, Mai 2003

Veranstaltungen der DGB Region NRW Süd-West zum 80. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai

Ausstellung 9. April – 3. Mai 2013

„... gerade dich, Arbeiter, wollen wir“

Ausstellung des DGB zur Zerschlagung der freien Gewerkschaften im Frühjahr 1933

Ort: Technologiezentrum Aachen, Dennewartstr. 25-27 (Mo – Fr 8-19 Uhr)

Die Ausstellung ist zu den genannten Öffnungszeiten frei zugänglich. Führungen für Schulklassen und Gruppen bitte anmelden unter 0241 946710

Vortrag am 9. April, 19 Uhr
Der 1./2. Mai 1933 - Zwischen Selbstaufgabe und Zerschlagung der freien Gewerkschaftsbewegung

Vortrag von Dr. Stefan Müller

Der Vortrag wird im Rahmen der Ausstellungseröffnung stattfinden. Der Veranstaltungsort ist daher ebenfalls das Technologiezentrum Aachen, Dennewartstr. 25-27, keine Anmeldung nötig

Gedenkveranstaltung an die Zerschlagung der Aachener Gewerkschaften

Am 2. Mai 1933 wurden auch in Aachen die freien Gewerkschaften zerschlagen, die Funktionäre verhaftet und das Vermögen beschlagnahmt. Das Gewerkschaftshaus des ADGB befand sich bis dahin an der Kleinkölnstr. 18. Im Rahmen des diesjährigen Demonstrationzugs zum 1. Mai werden wir an dem Gebäude in der Kleinkölnstraße Halt machen und eine Erinnerungstafel an das ehemalige Gewerkschaftsgebäude anbringen.

Forschungsauftrag zum 2. Mai 1933 im ehemaligen Regierungsbezirk Aachen

Der DGB hat zwei Historiker damit beauftragt die Archive im ehemaligen Regierungsbezirk Aachen und in der grenznahen niederländischen und belgischen Umgebung zu sichten, um die Ereignisse rund um den 2. Mai 1933 anschließend in einer Publikation zu veröffentlichen. Wer Material aus dieser Zeit besitzt, kann gerne zum Gelingen dieses Projektes beitragen und uns das Material zur Verfügung stellen.

„Zwischen Anpassung und Terror – Gewerkschaften und Unternehmen am 1. und 2. Mai 1933 in der Aachener Region“

Der Vortrag wird von Dr. Marc Engels gehalten, der vom DGB mit einem Forschungsauftrag beauftragt wurde und derzeit die Ereignisse rund um den 1./2. Mai 1933 im ehemaligen Regierungsbezirk Aachen recherchiert. Der Vortrag findet statt am Mittwoch, den 24. April um 19 Uhr. Der Ort wird noch bekannt gegeben. Eine Kooperation mit Prof. Paul Thomes im Rahmen der „Aachener Wirtschaftsgespräche“

